

9. Lehrpersonalgesetz (LPG), Änderung, Anpassung neu definierter Berufsauftrag

Antrag der Redaktionskommission vom 29. Januar 2026

Vorlage 5966b

Ratspräsident Beat Habegger: Sie haben gesehen, Ihnen wurde heute Morgen noch ein Antrag von Marc Bourgeois zum Paragrafen 3 verteilt. Wir stimmen an entsprechender Stelle über diesen Antrag ab.

Christa Stünzi (GLP, Horgen), Präsidentin der Redaktionskommission: Die Redaktionskommission hat diese Vorlage eingehend geprüft. Wir haben nur eine ganz kleine Änderung: Nach den Paragrafennummern muss jeweils ein Punkt folgen. Dieser hat in dieser Vorlage bei Paragraf 18c gefehlt, nun ist er vorhanden. Bei Ziffer römisch III haben wir die Änderung vorgenommen, die wir aktuell bei allen Vorlagen vornehmen, dass es nämlich nicht mehr notwendig ist, die Mitteilung an den Regierungsrat anzugeben, dass hier jedoch die Formulierung kommt, wer den Beleuchteten Bericht zu schreiben oder zu verfassen hat. Weitere Änderungen haben wir nicht vorgenommen.

Redaktionslesung

Titel und Ingress

I. Das Lehrpersonalgesetz vom 10. Mai 1999 wird wie folgt geändert:

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

§ 3. Zuteilung der Vollzeiteinheiten

Ratspräsident Beat Habegger: Wir stimmen jetzt zuerst über Rückkommen ab. Dafür braucht es 20 Stimmen.

Abstimmung

Für den Antrag auf Rückkommen stimmen 86 Ratsmitglieder.

Damit wird das Quorum von 20 Stimmen erreicht, Rückkommen ist beschlossen.

Antrag von Marc Bourgeois:

§ 3. ¹ Die für das Bildungswesen zuständige Direktion teilt den Gemeinden aufgrund der Schülerzahlen, eines pro Schulstufe festgelegten Basiswerts und des Sozialindex die Anzahl der Lehrerstellen in Vollzeiteinheiten zu. Die Verteilung ist so vorzunehmen, dass der kantonale Schülerdurchschnitt pro Vollzeiteinheit auf der Kindergartenstufe höchstens 18,9 Schülerinnen und Schüler beträgt, auf der Primarstufe höchstens 15,0 Schülerinnen und Schüler und auf der Sekundarstufe höchstens 14,3 Schülerinnen und Schüler.

Teilprotokoll – Kantonsrat, 145. KR-Sitzung vom 02. März 2026

*Folgeantrag:
Auf eine Übergangsbestimmung wird verzichtet.*

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Ich gebe meine Interessenbindung bekannt: Ich bin Vater eines Sechstklässlers. Er versucht sich heute an der Gymi-Prüfung. Ich wünsche ihm, aber auch allen anderen Kindern viel Erfolg und vor allem gute Nerven.

Zur Sache: Wenn Sie in den Ferien nicht alles vergessen haben, dann können Sie sich erinnern, dass wir vor den Sportferien in erster Lesung einen neuen neuen Berufsauftrag beraten haben, also einen neuen Berufsauftrag im Quadrat. Wir haben deutlich höhere Pauschalen für Klassenlehrer beschlossen, aber auch einen höheren Lektionenfaktor. Der Vorschlag geht weit über den Vorschlag des Regierungsrates hinaus. Dieses Verhandlungsergebnis führt für die Zürcher Städte und Gemeinden zu massiven Mehrkosten, Städte und Gemeinden, die heute schon unter steigenden und sehr hohen Volksschulskosten ächzen. Ein breites Behördenreferendum ist damit vorprogrammiert – mit ungewissem Ausgang –, denn nicht nur die Gemeinden haben genug vom Kostenwachstum in der Volksschule, wir sprechen von einem Referendum, das durchaus Chancen haben könnte.

Die Löhne in der Volksschule sind heute schon gut und es wird nicht einfach, der Bevölkerung zu erklären, dass die Lohnsumme in der Volksschule um viele Dutzend Millionen pro Jahr steigen soll, ohne dass zugleich wesentliche Reparaturarbeiten vorgenommen werden. Wir möchten der Vorlage mit unserem Antrag eine letzte, sichere Chance geben. Wir gehen dabei zurück auf das Angebot des Regierungsrates, auch wenn dieses für uns materiell eigentlich zu weit ging. Wir beantragen also für die Leistungsträger, die Klassenlehrpersonen, eine Klassenlehrpauschale von 140 Stunden und einen unveränderten Lektionenfaktor. Als Entgegenkommen verzichten wir auch auf die Übergangsbestimmungen, womit eine rasche Wirkung sichergestellt ist. Mit diesem Antrag soll ein tragfähiger Kompromiss verabschiedet werden, welcher finanzpolitisch durch die Hauptbetroffenen gangbar und machbar ist und ein Referendum unwahrscheinlich macht. Abschliessend möchten wir betonen: Wir anerkennen weiterhin das schwierige Umfeld, in dem sich viele Volksschullehrpersonen befinden. Aber wir sind weiterhin der Ansicht, dass dem System nicht geholfen wird, wenn unter dem Strich von ungefähr denselben Personen ungefähr dieselbe Arbeit geleistet wird, dafür aber einfach Dutzende Millionen mehr ausgegeben werden. Leider sind die tatsächlichen Reparaturarbeiten an einem kleinen Ort. Wir hoffen wenigstens, dass die Umsetzung der Förderklasseninitiative die Schule wieder etwas einfacher machen wird. Es ist dies das letzte Angebot der FDP, darüber hinaus werden wir nicht gehen. Wir werden die Vorlage, wenn der Antrag durchkommt, so unterstützen und, wenn er nicht durchkommt, selbstverständlich nicht unterstützen. Hat dieser Antrag eine Mehrheit, so gehen wir davon aus, dass kein Referendum ergriffen wird. Bitte unterstützen Sie diesen Antrag. Vielen Dank.

Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil): Zuerst gebe ich meine Interessenbindung bekannt: Ich bin Primarlehrerin, unterrichte aber momentan nicht. Zudem bin ich

Passivmitglied beim Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband, beim ZLV, und aufgrund meines Berufes mit vielen Lehrpersonen im Austausch, insbesondere auch mit Personen, mit welchen ich vorher an Schulen zusammengearbeitet habe. Ja, heute geht es eigentlich nur noch um eine zweite Lesung. Nachdem die Redaktionskommission, wie wir vorhin von der Präsidentin gehört haben, darüber befunden hat, geht es jetzt noch um die Schlussabstimmung. Es ist schon etwas speziell, dass nun erneut ein Antrag eingereicht wird, als könnte der kleine Schritt in die richtige Richtung mit dem Kompromiss so nicht stehengelassen werden. Dabei habe ich doch bereits beim letzten Mal in meinem Votum einen Titel vergeben, nämlich zum Beispiel «Ein münziger, kleiner Schritt in die richtige Richtung» oder «Endlich etwas der Realität annähern in Bezug auf Überzeit» oder «Fehler im Berufsauftrag minimal korrigieren beziehungsweise verbessern».

Nochmals: Wir als SP wollen eine Anpassung der Klassenlehrpauschale und wir wollen eine Erhöhung des Lektionenfaktors, denn Klassenlehrpersonen übernehmen in unserem Schulsystem eine verantwortungsvolle und zeitintensive Rolle. Die Erhöhung der Klassenlehrpauschale ist deshalb ein wichtiges Zeichen dieses grossen Engagements. Gleichzeitig unterstreicht die SP die Notwendigkeit einer Erhöhung des Lektionenfaktors. Ein höherer Lektionenfaktor ermöglicht es den Lehrpersonen, den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden und die tatsächlich benötigte Zeit für die anspruchsvolle Vor- und Nachbereitung, insbesondere auch mit den heterogenen Klassen, die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler sowie für die Zusammenarbeit aufbringen zu können.

Es braucht Anpassungen beim neuen Berufsauftrag. Es werden unzählige Überstunden geleistet, die nicht entschädigt werden, das geht doch einfach nicht. Es geht um Bildung. Mit dem Kompromiss, wie wir ja eben bereits an der ersten Lesung darüber befunden haben, zeigen wir schon eine riesengrosse Kompromissbereitschaft. Für noch weniger können und wollen wir nicht hinstehen. Das ist nicht gerecht gegenüber den Lehrpersonen, welche uns transparent innerhalb des neuen Berufsauftrags aufzeigen, welche unzähligen Stunden sie im Jahr zu viel leisten. Wir bleiben bei unserer Haltung, auch wenn das Referendum immer wieder in der Diskussion aufgebracht wird. Wir stimmen für wenigstens eine kleine Verbesserung zugunsten der Lehrpersonen, der Schülerinnen und Schüler, zugunsten der gesamten Schulen im Kanton Zürich.

Nadia Koch (GLP, Rümlang): Zuerst meine Interessenbindung: Ich bin Primarschulpflegepräsidentin.

Mit ihrem kurzfristig eingereichten Antrag führt die FDP uns zurück zum Regierungsratsentwurf. Diese Kehrtwende ist bemerkenswert. Bisher forderte die FDP nämlich sogar weniger Stunden als der Regierungsrat, nun übernimmt sie dessen Vorschlag. Sie hat wohl ihr Herz für die Klassenlehrpersonen wiedergefunden oder anerkennt deren tagtägliche Leistungen wenigstens ansatzweise.

Aus Sicht der Grünliberalen ist das aber nicht genug. Wie ich bereits vor einigen Wochen in der Debatte festgehalten habe, sind die Anforderungen an Lehrpersonen in den letzten Jahren spürbar gestiegen, besonders für Klassenlehrpersonen.

Der aktuelle Kompromiss reagiert auf diese Entwicklung und bringt dort Entlastung, wo die Verantwortung im Schulalltag gewachsen ist. Er verbessert die Rahmenbedingungen für Lehrpersonen insgesamt und stärkt gezielt die Rolle der Klassenlehrperson.

Gleichzeitig ist klar: Die Kostenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden beschäftigt viele Gemeinden, zu Recht, auch das haben wir bereits angesprochen. Die heutige Lastenverteilung ist historisch gewachsen und zunehmend herausfordernd. Genau deshalb sind wir der Meinung, dass diese Frage weiter diskutiert werden muss, etwa mit Blick auf einen ausgewogenen Verteilschlüssel zwischen Kanton und Gemeinden. Diese Diskussion sollte jedoch grundsätzlich geführt werden und nicht über eine Rückkehr zum ursprünglichen Regierungsvorschlag. Der vorliegende Kompromiss der Kommissionsmehrheit ist ein sorgfältig gefundener Mittelweg. Er trägt den realen Entwicklungen im Schulalltag Rechnung und stärkt die Schulen dort, wo der Bedarf am grössten ist. Die Grünliberalen halten daher am Kompromiss der KBIK-Mehrheit (*Kommission für Bildung und Kultur*) fest.

Livia Knüsel (Grüne, Schlieren): Zu meiner Interessenbindung: Ich bin Schulpflegerin in der Stadt Schlieren.

Die erste Lesung vom 19. Januar 2026 zum Antrag der KBIK hat schon gezeigt, auf welch tönernen Füüssen der erreichte Kompromissvorschlag zum Lehrpersonalgesetz steht; eine Mehrheit auf Messers Schneide, mehr nicht. Gerade deshalb ist jetzt Klarheit gefragt. Wir Grüne stehen auch heute zum Kompromiss im Sinne des Kommissionsantrags; nicht, weil er unsere Idealvorstellungen abbildet, sondern weil er das unterste Minimum der Ressourcen darstellt, die den Lehrpersonen zustehen, konkret 160 Stunden für Klassenlehrpersonen und 59 Stunden für die Lektionenvorbereitung. So viel ist nötig, um den Kernaufgaben der Lehrpersonen wenigstens ein wenig Rechnung zu tragen.

Ausgangspunkt bleibt: Die Realität an unseren Schulen hat sich massiv verändert. Klassenlehrpersonen koordinieren heute ein komplexes Netzwerk aus Förderung, Elternarbeit, interdisziplinärer Zusammenarbeit und sozialer Begleitung. Diese Aufgaben sind keine Zusatzaufgaben, sie sind integraler Bestandteil des Berufs. Wer das als Nebensächlichkeit abtut, verkennt den Schulalltag grundlegend. Der ursprüngliche Vorschlag des Regierungsrates, heute in Form des FDP-Antrages vorliegend, hat diese Entwicklung kaum abgebildet. Besonders bei der Unterrichtsvorbereitung blieb er stehen. Dabei entscheidet gerade sie über die Qualität im Klassenzimmer. Gute Vorbereitung ist keine Kür, sondern Voraussetzung für guten Unterricht. Wer hier spart, spart am falschen Ort, nämlich direkt bei der Bildungsqualität.

Der nun vorliegende Kompromiss ist das Resultat eines politischen Ringens. Er bringt eine spürbare strukturelle Verbesserung, deutlich mehr Zeit für die Aufgaben der Klassenlehrpersonen und eine zusätzliche Vorbereitungslektion. Das ist kein Ausbauprogramm, sondern eine Korrektur einer offensichtlichen Schieflage.

Ja, wir Grüne haben in der Vergangenheit weitergehende Forderungen unterstützt. Und ja, fachlich wären weitergehende Anpassungen begründbar. Aber Politik bemisst sich nicht nur am Wünschbaren, sondern am Mehrheitsfähigen. Es geht hier keineswegs um eine extreme Position, es geht um Glaubwürdigkeit. Wenn wir diesen moderaten Schritt zugunsten besserer Arbeitsbedingungen infrage stellen, senden wir ein Signal, dass selbst minimale Verbesserungen für Lehrpersonen keinen Bestand haben. Und genau dieses Signal können wir uns angesichts des Lehrpersonenmangels schlicht nicht leisten.

Finanzielle Bedenken seitens der Gemeinden sind ernst zu nehmen. Wir verstehen, dass die Stadt Winterthur wegen ihrer Grösse, des bereits hohen Steuerfusses und stetig steigender Schulkosten angesichts der zusätzlichen Belastung alarmiert ist. Grundsätzlich halten wir aber fest: Gemeinden als öffentliche Arbeitgeberinnen haben eine Fürsorgepflicht. Sie garantieren faire Arbeitsbedingungen und sorgen dafür, dass es ihren Mitarbeitenden gut geht. Daher sind wir über den Ton mancher Gemeinden befremdet, die offensichtlich stärker über die Mehrkosten als über das Wohl ihres Schulpersonals besorgt scheinen. Arbeitsbedingungen sind immer auch Qualitätsbedingungen und Qualität hat ihren Preis. Darum nochmals klar: Der letztmals beschlossene Kompromiss vom 19. Januar ist kein Wunschkonzert, er ist das äusserste Minimum, das wir Grüne verantworten können. Hinter dieses Minimum fallen wir nicht zurück und halten daher an der erreichten Kompromisslösung fest.

Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen): Die Mitte wird den Antrag der FDP unterstützen. Wir hätten uns durchaus eine weitergehende Entlastung der Klassenlehrpersonen gewünscht. Bereits bei der Gesetzesberatung im Januar haben wir einen Antrag für 160 Stunden bei einem Lektionenfaktor von 58 eingebracht, leider ohne Erfolg. Das Resultat hat deutlich gezeigt, dass dafür im Rat keine Mehrheit besteht. Wir sind aber immer noch der Meinung, dass unser Antrag für alle Beteiligten in der Schule wie auch in den Gemeinden das Beste und auch tragbar gewesen wäre. Es besteht Handlungsbedarf bei den Klassenlehrpersonen, das ist uns klar. Deshalb hat sich die Mitte konsequent für eine gezielte Erhöhung der Stundenpauschale für Klassenlehrpersonen eingesetzt. Die Mittel sollen dort eingesetzt werden, wo der Bedarf am grössten ist.

Klar lehnen wir hingegen eine generelle Erhöhung des Lektionenfaktors für alle Lehrpersonen ab. Eine solche Massnahme folgt dem Giesskannenprinzip und berücksichtigt die sehr unterschiedlichen Belastungen innerhalb des Lehrkörpers nicht. Fachlehrpersonen haben meist definierte Aufgabenbereiche, während die strukturelle Mehrbelastung bei den Klassenlehrpersonen liegt. Deshalb können wir auch den Antrag mit dem Lektionenfaktor von 59 nicht unterstützen. Die Mitte steht für gezielte Entlastung statt teurer Symbolpolitik, für Wirkung statt Giesskanne und für Verantwortung gegenüber der Schule, den Steuerzahlenden und den kommenden Generationen. Mit der Unterstützung dieses Antrags der FDP, der für uns auch ein Kompromiss ist, tragen wir dazu bei, ein mögliches Referendum der Gemeinden zu verhindern, ein Anliegen, das uns sehr wichtig ist,

denn eine solche Abstimmung könnte emotional aufgeladen sein und den Schulen unnötig schaden.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Wir können diesen überfallartigen Änderungsantrag der FDP nicht nachvollziehen. Es gibt doch keine bessere Investition als diejenige in die nächste Generation. Von dieser Überzeugung lässt sich die EVP in der Bildungspolitik stets leiten. Wir unterstützen daher die längst überfälligen Verbesserungen des Berufsauftrags, zu den wichtigsten gehören die Stärkung der Klassenlehrpersonen und die Erhöhung des Lektionenfaktors aller Lehrpersonen. Guter Unterricht für unsere Kinder und Jugendlichen braucht Lehrpersonen, die Zeit für sie haben und nicht ächzend und ausgepowert acht Wochen unbezahlte Überzeit pro Jahr leisten, wie das heute der Fall ist. Und eigentlich wäre wohl eine Erhöhung des Lektionenfaktors von 58 auf 62 dran. In die Vernehmlassung ging die Regierung dann mit einer Erhöhung des Lektionenfaktors von 58 auf 60 und sie bekam Zustimmung von der grossen Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden.

Trotzdem beantragte der Regierungsrat in der definitiven Vorlage keine Erhöhung des Lektionenfaktors mehr. Als KBIK-Mehrheit haben wir uns auf eine Erhöhung des Lektionenfaktors von 58 auf 59 geeinigt, als Minimalkompromiss. Als EVP hätten wir eigentlich mehr gewollt, aber das war nicht mehrheitsfähig. Übrigens: Lektionenfaktor 59, diesen Kompromissvorschlag, hatte auch der Gemeindepräsidienverband (GPV) in der Vernehmlassung gemacht. Wieso sind Sie jetzt plötzlich dagegen? Vielleicht müssen manche Gemeindepräsidien mehr mit den Schulpräsidien reden. Zur Stärkung der Klassenlehrpersonen sehen wir mit der KBIK-Mehrheit eine Erhöhung der Pauschale von 100 auf 160 Stunden vor, auch dies ein gut schweizerischer Kompromiss.

Also, senden Sie das Signal! Wir wollen eine gute Schule und wir investieren in die Bildung der nächsten Generation. Das wird auch das Stimmvolk in einer allfälligen Volksabstimmung so sehen. Die EVP lehnt den Änderungsantrag der FDP ab und stimmt der ursprünglichen KBIK-Mehrheitsversion zu.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Wir unterstützen diesen Antrag. Er stellt einen tragfähigen Kompromiss dar, auch wenn er jetzt erst spät nochmals gekommen ist, und verhindert massive Mehrkosten für die Gemeinden. An alle: Willkommen in der neuen Welt und Weltordnung. Die Finanzen schwinden, merkt ihr das nicht? Die Lehrpersonen machen einen guten Job, sind aber aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen mehr herausgefordert, und dieses Problem gehen wir nicht an.

An Livia Knüsel: Wir haben keinen Lehrermangel mehr, und zudem sind die Löhne schon jetzt sehr hoch. Und wichtig wäre, die effektiven Probleme anzugehen und zu lösen und nicht einfach nur mehr, mehr, mehr und nochmals mehr. Und ich sage es gerne nochmals, wie ich es immer wieder gesagt habe: Wir fahren mit 300 Stundenkilometern auf eine stehende Wand zu, und das wird schmerzen, und das wird ganz massive Eingriffe geben. Sollte der Antrag abgelehnt werden, wie es aussieht, werden die Gemeinden das Referendum ergreifen, was wir auch

unterstützen würden. Wird der Antrag hingegen angenommen, wird kein Referendum nötig sein. Und bei einer Ablehnung in einer Volksabstimmung werden aber in erster Linie die Lehrpersonen die Verlierer sein. Deshalb bitte ich Sie um Annahme dieses Antrags als verantwortungsvollsten Weg. Danke.

Nicole Wyss (AL, Zürich): Meine Interessensbindung: Ich bin Schulpflegerin im Schulkreis Limmattal.

Ein wichtiger Grund für die Einführung des neuen Berufsauftrags im Schuljahr 2017/2018 war, die Lehrpersonen mit dem Jahresarbeitszeitmodell vor einer Überlastung zu schützen. Die Evaluation des neuen Berufsauftrags hat gezeigt, dass genau dieses Ziel nicht erreicht wird. Der Lektionenfaktor und die Pauschale für Klassenlehrpersonen sind kein realistisches Abbild der geleisteten Arbeit, und genau aus diesem Grund müssen diese Parameter angepasst werden.

Als Arbeitgeberin hat der Kanton eine Fürsorgepflicht seinen Angestellten gegenüber. Es geht um faire Arbeitsbedingungen, um Gesundheitsschutz. Das ist nicht einfach ein Nice-to-have, es ist eine Verpflichtung. Daher ist für die Alternative Liste klar: Die Planungspauschale wie auch der Lektionenfaktor müssten eigentlich substanziell erhöht werden, sonst können sie weder vor zeitlicher Überlastung schützen noch bilden sie den tatsächlichen Arbeitsaufwand ab. Wir finden es nach wie vor skandalös, dass unbezahlte Mehrarbeit offenbar zum Zürcher Bildungssystem gehört und, wenn nicht verlangt, dann doch stillschweigend akzeptiert wird. Gerne weise ich Sie auch noch einmal darauf hin, dass diese Erhöhungen keine Lohnerhöhungen sind. Es geht darum, unbezahlte Mehrarbeit, also Arbeit, die gratis geleistet wird, obwohl sie vorgegeben ist, in bezahlte Arbeit zu überführen.

Unsere Forderung – 22 Stunden-Lektionenfaktor und 200 Stunden Pauschale für Klassenlehrpersonen war chancenlos. Zusammen mit der GLP, der SP, den Grünen und der EVP haben wir nach vielen Diskussionen einen Kompromiss gefunden, der bei der ersten Lesung überwiesen wurde. Der Lektionenfaktor wird minimal auf 59 Stunden erhöht und die Klassenlehrpauschale auf 160 Stunden. Die Alternative Liste trägt diesen Kompromiss weiterhin mit. Wir ziehen den Kolibri in der Hand der Taube auf dem Dach vor, wie ich schon in der ersten Lesung gesagt habe.

Noch weniger ist für uns undenkbar, denn noch weniger oder gar keine Verbesserung würden uns unweigerlich zu der Frage führen, welche Aufgaben die Lehrpersonen künftig nicht mehr machen sollen. Administrative Aufgaben, darüber haben wir hier drin schon viel gesprochen, da könnte man ein bisschen reduzieren. Aber spinnen wir diesen Gedanken weiter. Sinnigerweise müssten es zeitintensive Aufgaben sein, die aber nicht das Kerngeschäft, also den Unterricht tangieren. Klassenlager, Projektwochen und Schulhausfeste wären genau solche Aufgaben. Aber genau diese ausserordentlichen Anlässe gehören zu den prägenden Momenten der Schulzeit, an die man sich noch lange zurückerinnert. Oder führen wir den Gedanken ad absurdum: Sobald die Stunden aufgebraucht sind, werden einfach keine E-Mails mehr beantwortet und keine Elterngespräche mehr geführt. Aber

genau da liegt des Pudels Kern. Lehrpersonen haben ein sehr hohes Berufsethos und sie würden das nie unaufgefordert tun.

Nun, es ist möglich, dass die Gemeinden das Referendum ergreifen, wenn wir heute minimale Verbesserungen entscheiden. Das ist ihr Recht. Sollte es so weit kommen, fechten wir diesen Kampf aus. Es wird sich zeigen, wer welche Prioritäten setzt. Die Alternative Liste unterstützt den neuen alten Antrag der FDP nicht, wir bleiben beim Kompromiss. Besten Dank.

Ratspräsident Beat Habegger: Ich begrüße auf der Tribüne die Seniorinnen und Senioren der EVP-Ortsgruppe Freienstein-Teufen. Willkommen im Kantonsrat.

Jörg Kündig (FDP, Gossau): Auch ich nenne meine Interessenbindung: Ich verrete den Verband der Gemeindepräsidien und spreche natürlich auch im Namen der FDP und darf da mitwirken.

Denken Sie daran – und da nehme ich verschiedene Voten auf –, dass eine zunehmende Zahl der Gemeinden sogenannte Einheitsgemeinden sind, das heisst, die Schulpräsidien sitzen am Tisch. Und ich möchte betonen, dass das Miteinander immer zwei Seiten hat. Auf der einen Seite sind nicht nur die Gemeindepräsidien gehalten, mit den Schulpräsidien zu sprechen, umgekehrt gilt es auch. Und da bin ich nicht immer sicher, ob das wirklich funktioniert.

Wir haben letztes Mal intensiv über die Situation und die Sorgen der Gemeinden im finanziellen Bereich gesprochen. Und wenn ich dann höre, dass wir nur über Finanzen sprechen und uns das Wohl der Lehrpersonen nicht am Herzen liegt, dann finde ich das nicht in Ordnung. Ich möchte auch betonen, dass der Spatz, den Sie immer wieder adressieren, ein sehr teurer Spatz ist. Also ich bin nicht sicher, ob die Taube dann viel günstiger ist oder viel besser, aber der Spatz ist schon einmal teuer. Wir haben festgestellt, dass gezwungenermassen – wir haben die gesetzliche Vorgabe – von den zu erwartenden rund 83 Millionen Franken Mehrkosten 67 Millionen bei den Gemeinden anfallen werden; nicht einmalig, sondern jährlich, so will es das Gesetz. Wir haben damals schon gesagt, dass die regierungsrätliche Vorlage mit Mehrkosten von 25 bis 30 Millionen Franken von den Gemeinden getragen werden könnte, mit Zähneknirschen selbstverständlich, aber wir haben Ihnen, der Kommission und allen Bezirken, den Kantonsräten unsere Haltung mitgeteilt. Wir wollen, dass die Lehrpersonen gestärkt werden, aber in einer Masse, das verträglich ist.

Die erste Lesung hat ergeben – leider –, dass die Gemeinden keine Beachtung gefunden haben, das ist sehr bedauerlich. Und ich möchte betonen: Es geht nicht nur um Winterthur. Wir sind 160 Gemeinden, und von diesen 160 Gemeinden sind 60 Gemeinden nicht zufrieden mit dieser Entwicklung, 60 Gemeinden. Damit Sie sich das verinnerlichen: Zwölf Gemeinden oder die Städte Zürich und Winterthur sind in der Lage, ein Gemeindereferendum, ein Behördenreferendum zu ergreifen, also es braucht nicht 60, sondern zwölf.

Die Finanzierung der Mehrkosten war auch ein Thema. Der Kanton könnte diese ja übernehmen, Sie könnten diese übernehmen, diese 80 Prozent. Das wollen Sie auch nicht. Und der Kostenschlüssel wird uns sicherlich weiter beschäftigen. 80

Prozent / 20 Prozent geht nicht. Wir werden dranbleiben und ich bin gespannt, wie sich die Situation entwickelt.

Dass wir jetzt einen Kompromissvorschlag auf dem Tisch haben, habe ich als gutes Zeichen gewertet. Leider schaut es, wenn ich die Voten anhöre, nicht mehr so gut aus. Im Raum steht unverändert dieses Referendum, muss ich Ihnen sagen, und über die Entschädigung der Lehrpersonen, die Überstundensituation, über Löhne im Rahmen eines Abstimmungskampfes zu diskutieren – viel Vergnügen, meine Damen und Herren. Das dürfte eine ganz schwierige Diskussion geben – die ist auch sehr persönlich zu verstehen –, darum verstehe ich nicht, dass Sie nicht auf die Haltung der Regierung einschwenken und dieses Referendum offensichtlich um jeden Preis in Kauf nehmen wollen. Ich finde das fahrlässig.

Ich bin froh, wenn Sie sich nochmals Gedanken machen, bevor Sie den Abstimmungsknopf drücken, sich überlegen: Wollen wir wirklich diesen Weg des Referendums gehen oder nicht? Sie haben gehört, wer alles dazu bereit ist. Ich bin sicher, dass das eine schwierige Situation für alle Beteiligten sein wird. Wir sollten, wenn wir ja so staatspolitisch unterwegs sein wollen, dies verhindern. Ich hoffe, Sie kommen zur Räson. Besten Dank.

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt): Ich lege ebenfalls meine Interessenbindung offen: Ich bin Gemeindepräsident der Gemeinde Niederglatt und Mitglied im leitenden Ausschuss des Gemeindepräsidienverbandes im Kanton Zürich.

Ich rufe Sie auf, dem Antrag der FDP, welcher dem ursprünglichen Antrag der Regierung entspricht, zu folgen. Sie haben jetzt die Chance, Sie haben das gehört, die Vorlage ausgewogen zu gestalten, so ausgewogen, dass auch die Gemeinden und Städte damit leben können. Sie haben es gehört, Jörg Kündig hat es erläutert: 60 Gemeinden – also er hat es so gesagt –, 60 Gemeinden seien mit der Vorlage nicht zufrieden. Ich darf hier präzisieren: 60 Gemeinden haben angekündigt, dass sie ein Referendum ergreifen würden. Das bedeutet nicht, dass die restlichen 100 Gemeinden mit der Vorlage einverstanden sind.

Wie Sie alle wissen, bezahlen die Gemeinden derzeit im Kanton Zürich 80 Prozent der Lehrerlöhne im Volksschulwesen, also vier Fünftel. Wir hier drin entscheiden über eine Vorlage, welche unser Budget des Kantons nur mit 20 Prozent belastet. Und vor diesem Hintergrund muss man leider sagen, dass die Anliegen der Städte und Gemeinden in dieser Vorlage keinerlei Beachtung fanden. Exemplarisch dazu auch die Tatsache – das habe ich nicht nur bedauert, das hat mich beelendet –, dass der GPV, also jene Organisation, welche die Gemeinden und Städte repräsentiert, die den Hauptteil der Vorlage zu bezahlen haben, zweimal schriftlich bei der Kommission Antrag auf Anhörung stellen musste, stellen Sie sich das mal vor. Man hat diesem Verband zuerst nicht attestieren wollen, dass er überhaupt in der Kommission vorsprechen darf. Das ist dieses Kantonsrates, gelinde gesagt, unwürdig, so geht es nicht. Ich habe in der Debatte auch niemanden gehört oder kein Argument oder kein Votum gehört, wie die Gemeinden dieses sehr teure und sehr grosse Preisschild für diese Vorlage berappen sollen. Als Vergleich die Gemeinde Niederglatt: Diese Vorlage, welche Sie in der ersten Lesung

geplant haben, führt zu höheren Kosten, als meine Gemeinde für das gesamte Polizeiwesen ausgibt. Sie führt zu höheren Kosten, als meine Gemeinde für das ganze Feuerwehrowesen ausgibt. Sie können jetzt schon schmunzeln, aber letztendlich können Sie in einer Abstimmung der Bevölkerung mitteilen, wo diese Kosten eingespart werden sollen. Und wenn jetzt gerade Gelächter kam von der Linken, es kostet auch mehr, was die Gemeinde Niederglatt für den ganzen Bereich Kultur- und Vereinsleben ausgibt. Erklären Sie der Bevölkerung, ob man auf die Polizei verzichten soll, auf Sicherheit verzichten soll, auf die Feuerwehr verzichten soll, auf Kultur verzichten soll, auf das Vereinsleben verzichten soll. Das wird Ihre Aufgabe sein in einem Abstimmungskampf, und um das geht es.

Sie haben nun die Möglichkeit, diese Vorlage auf ein erträgliches Mass zu korrigieren oder dann, ja, so scheint es, dass das Referendum leider Tatsache wird und auch das entsprechende Ausfechten. Sie haben bisher gezeigt, dass Sie hier im Rat mit einer knappen Mehrheit Powerplay spielen. Überlegen Sie sich gut, ob Sie dieses Powerplay wirklich weiterspielen wollen, auch gegen Städte und Gemeinden und auch im Wissen – und leider haben wir das gehört –, dass es Ihnen dann immer noch nicht genug ist. Sie wollen offenbar noch mehr, wir haben es vom Kollegen Hugentobler gehört, er würde am liebsten kantonsweit eine halbe Milliarde zusätzlich ausgeben.

Das ist einfach an der Realpolitik vorbei verhandelt. Ich rufe Sie auf, diesem Antrag der FDP von Kollege Marc Bourgeois Folge zu leisten. Kommen Sie bitte zur Vernunft, helfen Sie mit, diesen tragfähigen Kompromiss jetzt über die Bühne zu bringen, ohne Referendum. Besten Dank.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Ein bisschen kam es mir vor wie in der Schule. Ich habe gehört, was da einer erzählt, aber ich habe es ehrlich gesagt nicht nachvollziehen können, und am Schluss blieben mir mehr Fragen, als dass ich Informationen und Antworten erhalten habe. Ich habe zum Beispiel gehört, wir seien mit 300 Kilometern pro Stunde unterwegs gegen eine Wand. Also in der Schweiz darf man höchstens 120 Kilometer pro Stunde fahren, und dann frage ich mich, welche Wand da auf uns zukommt, beziehungsweise bewegen wir uns auf eine Wand zu? Ich weiss es nicht. Was ich weiss: Es ist vielleicht nicht die Zahl 300, über die wir nachdenken sollten, sondern über die Zahl 95, denn wir haben in der Vergangenheit den Steuerfuss auf 95 Prozent gesenkt. Das ist Geld, das dem Kanton fehlt, richtig. Aber jetzt das grosse Gejammer loslassen, der Kanton habe zu wenig Geld und könne sich das nicht leisten – das haben wir uns selber zuzuschreiben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Dann habe ich gehört, wir dürften auf keinen Fall eine Volksabstimmung zulassen. Es werde dann eine ganz schmutzige Diskussion über Finanzierung, über Lehrerlöhne werden. Da frage ich mich: Weshalb fürchten wir uns als Volksparteien vor einer Abstimmung des Volkes? Und wenn Sie dann sagen, es werde eine schmutzige Diskussion über die Lehrerlöhne geführt: Die lancieren Sie hier drin, also da müssen Sie sich an der eigenen Nase nehmen.

Und dann das grosse Mitleid mit den Gemeinden. Ich bin jetzt seit über 15 Jahren Mitglied in diesem Rat und ich kann Ihnen die folgende Beobachtung mitteilen:

Es findet eine Verlagerung der Kosten von den Gemeinden zum Kanton statt, und zwar in fast jedem Bereich. Der Kanton übernimmt jedes Jahr höhere Leistungen, ohne Kompensation, und wir senken ihm dann dafür die Steuern. Umgekehrt werden die Gemeinden im Gesundheitswesen entlastet, sie bekommen mehr Geld für die Strassen und so weiter. Und was machen die Gemeinden? Durch die Entlastung können sie die Steuerfüsse senken. Also bitte schauen Sie sich die Realität an, bevor hier das grosse Jammern über die Last, die die Gemeinden zu stemmen haben, ausbricht. Das ist nicht die Realität.

Deshalb können wir gelassen in diese Schlussabstimmung gehen. Ob das Referendum ergriffen wird oder nicht, das ist ein demokratischer Mechanismus, wir fürchten ihn nicht. (*Beifallskundgebungen von der linken Ratsseite*)

Ratspräsident Beat Habegger: Ich erinnere Sie noch einmal daran, dass Geklopfe und Geklatsche in diesem Rat nicht erwünscht sind.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Meine Interessenbindung: Ich bin Stadträtin in Uster.

Auch ich möchte mich ganz kurz zur finanziellen Situation der Gemeinden äussern. Ich verfolge jedes Jahr sehr genau, wie viele Gemeinden ihre Steuerfüsse senken und wie viele sie erhöhen müssen. Im Dezember 2025 haben 36 Gemeinden ihre Steuerfüsse auf 2026 hin gesenkt, nur gerade zwölf Gemeinden haben den Steuerfuss erhöhen müssen. Ich meine ebenfalls, wie Markus Schaaf: Das Gejammer der Gemeinden über ihre finanzielle Situation wird hier in diesem Rat von bürgerlicher Seite massiv übertrieben. Wir sind uns der Mehrkosten bewusst. Wir sind uns auch bewusst, dass es für einzelne Gemeinden eine anspruchsvolle Übung sein wird. Und wir sind bereit – und diesen Auftrag haben Sie der Regierung bereits erteilt –, im Rahmen der Überprüfung des Finanzausgleichs hier auch genau hinzuschauen. Aber kurzfristig den Kostenteiler zwischen Kanton und Gemeinden allein für die Volksschule anzupassen, erscheint uns als ungeeignete Lösung.

In diesem Sinne, ich relativiere das Gejammer über die finanzielle Situation der Gemeinden massiv.

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt) spricht zum zweiten Mal: Ich finde es despektierlich, dass Sie von Gejammer sprechen. Sie haben es gesagt und erwähnt, ja, es gibt Gemeinden im Kanton Zürich, denen es finanzpolitisch sehr gut geht und die auch Potenzial haben, einmal eine Steuer zu senken. Aber der Grossteil der Gemeinden ist nicht in dieser Position, und es sind genau diese Gemeinden, welche, gemessen am Steuersubstrat, sehr viel für diese Vorlage bezahlen werden müssen. Also bei einer einkommensschwachen Gemeinde wird der Beitrag für diese Vorlage 3 oder 4 Steuerprozent beantragen, und diese Gemeinden haben das Potenzial nicht, um dieses Geld anderweitig einzusparen, weil die Bildungskosten bereits jetzt teilweise bis zu 70 Prozent des Gemeindebudgets ausmachen. Also erklären Sie mir jetzt bitte, wie Sie, wenn Sie in jenem Sachbereich, der den Haupt-

teil des ganzen Kuchens ausmacht, also 70 Prozent, wenn Sie dort jetzt eine markante Kostensteigerung haben, dies in den restlichen Bereichen einsparen, zumal auch bei den restlichen Bereichen – wir haben das gehört –, Gesundheit beispielsweise oder Soziales, die Rahmenbedingungen faktisch durch die Gesetzgebung gegeben sind? Es ist schlicht unmöglich, und hier habe ich noch keinen Beitrag gehört, wie eine durchschnittlich finanzstarke Gemeinde diese Kosten kompensieren soll.

Jeannette Wibmer (Die Mitte, Laufen-Uhwiesen): Nur ganz kurz: Ich habe hier keine Interessenbindung, aber ich komme aus einem dünn besiedelten, ländlichen Bezirk und habe mich, als ich vor weniger als einem Jahr in diesen Rat kam, sehr bemüht, die Finanzen meiner Bezirksgemeinde – entschuldigt bitte diese Vereinnahmung (*Heiterkeit*) – ein bisschen besser zu verstehen. Und ich habe herausgefunden, dass es drei Bereiche gibt, in denen die Gemeindefinanzen wirklich grosse Belastungen tragen, das ist das Soziale, die Bildung und die Gesundheit. Und es wurde bereits von meinem Vorredner gesagt, es hat einfach keine Luft mehr bei den Gemeinden. Und es stimmt eben nicht, dass man aus der Tatsache, dass einzelne Gemeinden aus irgendwelchen politischen Gründen, auf die ich jetzt nicht eingehen muss, ihre Steuerfüsse bisweilen senken, dass das darauf hindeuten sollte, dass die Gemeinden eben gesunde Finanzen haben. Nein, sondern es geht darum, dass in allen drei von mir genannten Bereichen Investitionen eben zyklisch erfolgen. Wenn es ein neues Schulhaus braucht, wenn es eine neue Turnhalle braucht, dann kommt eine Riesenausgabe auf die Gemeinde zu und dann muss sie den Steuerfuss erhöhen, und zwar unabhängig davon, ob es eine Einheitsgemeinde oder eine separate Schulgemeinde ist, und das ist dann die grosse Belastung. Oder ein Beispiel aus meinem Bereich, den ich besser kenne, dem Gesundheitsbereich: Im Weinland haben wir bis 2040 eine hohe Anzahl stationärer Pflegeplätze zu wenig. Wenn wir diese Pflegezentren bauen müssen, dann werden alle Gemeinden im Bezirk Andelfingen ihre Steuerfüsse erhöhen müssen, denn wir haben das Geld in den kleinen Gemeinden in unserem Bezirk einfach nicht. Und deswegen unterstützen wir von der Mitte den Antrag Bourgeois. Danke.

Florian Heer (Grüne, Winterthur): Zwei Worte noch möchte ich anfügen: Es ist schon eine seltsame Diskussion, wenn Herr Schmid darüber spricht, dass die Gemeinden hier sehr belastet sind und wir die Entscheidungsträger sind. Das ist ein Meccano, der Ihnen bekannt ist, den wir bei jedem oder bei diversen Geschäften haben. Es geht Ihnen um die Inhalte. Wenn Sie sie wollen, dann sind Sie bereit, das zu zahlen. Und wenn Sie das nicht sind, dann sind Sie nicht bereit, und dann bringen Sie es an. Ich mache Ihnen ein Beispiel: Die Zentrumslasten möchten Sie antasten. Da bestimmen wir als Kanton zu 100 Prozent und die beiden grossen Städte Zürich und Winterthur sind zu 100 Prozent Folgeträger dieser Entscheidung. Das tun Sie, weil Sie es wollen, weil es Ihnen wichtig ist, dieses Geschäft voranzutreiben und da etwas zu bewirken. Hier ist es so, dass die Seite, die heute für diesen Kompromiss – und das ist ja bereits ein Kompromiss – stimmt, das

möchte. Wir möchten die Situation der Lehrpersonen verbessern, massiv verbessern, ja, wir tun es aber moderat. Das ist der Effekt, wir wollen, dass sie gestärkt sind.

Und Jörg Kündig hat auch so argumentiert. Wir sollten nicht nur vorwerfen, dass über die Kosten gesprochen wurde. Aber sein einziges Argument, das er angefügt hat, ist ein finanzpolitisches. Er hat nie über die Qualität gesprochen und gesagt «ich möchte das und ich werde da Vorstösse machen, um die Qualität zu verbessern». Denn es ist ein Entscheid als Gesellschaft: Wir wollen eine gute Schule, wir wollen eine gute Volksschule, und deshalb investieren wir hier sehr viel Geld. Und wir investieren es, weil es wichtig ist, weil es wichtig und richtig ist. Und es ist egal, ob es mehr ist als bei der Polizei, das spielt keine Rolle, es sind einfach die Kosten, die da anfallen, und das ist das Prinzip, das wir, als staatstragende Parteien, uns hoffentlich auf die Fahne schreiben. Wir wollen diese Aspekte und deshalb ziehen wir auch die Steuern ein und investieren sie wieder in die Bildung, in die Gesundheit, in die Polizei und so weiter. Das ist der Effekt, den wir wollen.

Jörg Kündig (FDP, Gossau) spricht zum zweiten Mal: Markus Schaaf, die jammernden Gemeinden: Wir haben immer wieder die Voten, die mit «die Gemeinden sind uns wichtig» beginnen, und es wurde im Rahmen der Debatte auch gesagt «wir verstehen euch». Ich habe es schon einmal gesagt: Immer, wenn jemand sagt «wir verstehen euch», dann weiss man, dass er eine andere Haltung hat, das ist klar. Ich möchte auch betonen, dass wir keine schlechten Schulen haben. Wir haben Schulpräsidien hier, die sich geäussert haben. Ich habe nie gehört, dass wir schlechte Schulen haben, wir haben das auch nicht gesagt.

Und Florian Heer, wir haben uns im Rahmen der Vernehmlassung ganz klar, konstruktiv gemeldet, wir haben gesagt, es sei uns wichtig, dass Verbesserungen stattfinden, es sei wichtig, dass man Anpassungen vornimmt. Wir haben ganz konkret auch die Qualität angesprochen und gesagt, es sei uns wichtig, dass da gute Lösungen gefunden werden, und natürlich geht es am Schluss immer um Geld. Es ist einfach so, dass wir hier eine Diskussion haben, in der der Kanton sagt, wie viel es kosten soll, und die Gemeinden bezahlen müssen. Das ist der Hintergrund dieser Diskussion. Wenn Sie uns die Freiheit geben, zu sagen, wir könnten das selber regeln, oder wenn der Kanton sagt, er übernehme diese 80 Prozent, dann sind wir wieder d'accord, dann spielt das gar keine Rolle.

Und zum Thema Mehrkosten, Markus Schaaf: Gesundheitskosten, das ist keine Entlastung für die Gemeinden, soziale Aufgaben, das ist keine Entlastung für die Gemeinden. Und ich möchte daran erinnern, dass wir hier einmal einen Wirksamkeitsbericht verabschiedet haben, in welchem wir den Gemeinden den Auftrag gegeben haben, dass wir nicht über den Finanzausgleich reden, sondern über den Kostenschlüssel in jedem Geschäft. Und zum Kostenschlüssel, der auch immer im Raum steht: Die Regierung hat eine klare Haltung, die hat sie uns mitgeteilt. Und die Regierung wird sagen: Kantonsstrassen, die durch Gemeinden gehen, werden durch die Gemeinden mitfinanziert. Sie haben gesagt, die Regierung müsse eine Kostenbeteiligung sprechen. Wir haben die gleiche Regierung, die ei-

gentlich die Idee hatte, einen Viertel der Grundstückgewinnsteuern zu vereinnahmen. Die Grundstückgewinnsteuern sind ein Teil dessen, dass wir in den Gemeinden in der Lage sind, auch diese Mehrkosten zu tragen. Genau diese Grundstückgewinnsteuern sind das Ziel des Kantons, er möchte am liebsten einen Viertel dieser Grundstückgewinnsteuern haben. Also all diese Diskussionen und der Finanzausgleich sind selbstverständlich ein grosses Thema. Wir verschliessen uns diesen Diskussionen nicht grundsätzlich, aber hier geht es ganz präzise um ein Gesetz, um einen Kostenschlüssel in einem Gesetz, der durch die Regierung, durch den Gesetzgeber bestimmt ist, der keinen Handlungsspielraum lässt und der Mehrkosten für die Gemeinden auslöst, ohne dass sie da mitzureden haben. Das ist das Thema. Also von dem her, glaube ich, sind wir schon am richtigen Ort, um so etwas zu diskutieren.

Und zum Schluss einfach nochmals, Markus Schaaf: Ich sage nicht, dass die Diskussion schmutzig ist. Und abgesehen davon, wer jetzt den Kompromiss nicht trägt, der hat klar die Verantwortung für ein mögliches Referendum, um das auch noch zu betonen. Wir sagen nicht, dass es schmutzig wird, aber wir wissen: Wenn eine Lohndiskussion in der Öffentlichkeit stattfindet, ist das selten eine gute Sache, und deshalb meinen wir, der Kompromiss, der jetzt vorliegt, wäre eine Idee, um da endlich das Thema vom Tisch zu haben, einen kleinen Schritt in die richtige Richtung zu tun, ohne dass wir eine öffentliche Diskussion darüber führen müssen. Besten Dank.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): Ich möchte Jörg Kündig entgegnen: Es geht um den Arbeitsaufwand der Lehrpersonen. Und diese leisten – das haben wir festgestellt – seit Jahren wirklich einfach Gratisarbeit, und um das geht es. Und es geht darum, dass wir jetzt den neuen Berufsauftrag einmal anpassen, es geht um nichts anderes. Und wenn Sie dieses Problem nicht lösen wollen und uns einfach immer irgendwie mit dem Referendum quasi erpressen, dann ist das Ihre Sache. Aber den Gemeinden geht es gar nicht so schlecht, wie Karin Fehr vorhin ausgeführt hat, sehr viele konnten ihre Steuerfüsse senken. Da muss man also wirklich schon sagen: Sie jammern auf einem hohen Niveau. Aber es geht um den Arbeitsaufwand der Lehrpersonen, den sie täglich leisten, und sie leisten Gratisarbeit.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Schauen Sie, wir haben Schwierigkeiten, mit Ihnen Kompromisse auszuarbeiten. Wir haben mit Ihnen einen Kompromiss gemacht, wir haben lange darüber diskutiert, und jetzt kommen Herr Bourgeois und Co. in letzter Minute mit einem Gegenantrag und behaupten, das sei ein Kompromiss. Nein, das ist kein Kompromiss, da fallen Sie dem Kompromiss, den wir miteinander gemacht haben, in den Rücken. Und Sie erweisen sich als ganz schlechte Verhandlungspartner, bei denen wir uns überlegen müssen, wie sehr wir es miteinander noch können. Diese Taktik, das ist eine falsche Taktik, die Sie hier machen. Wir reden miteinander, wir verhandeln miteinander, und nachher gilt das Ergebnis doch nicht, und Sie kommen mit etwas Neuem und behaupten dann noch – und das ist frech –, behaupten dann noch, es sei ein Kompromiss, obwohl man bereits einen Kompromiss geschmiedet hat. Das ist Quatsch, meine Damen und

Herren. Dann das andere, ich erinnere Sie gerne daran, auch Jörg Kündig erinnere ich sehr gerne daran: Als Sie Geld aus dem Strassenfonds bekommen haben, und zwar ohne etwas zu tun – Sie müssen nicht einmal die Strassen dafür sanieren und bekommen als Gemeinde Geld –, da haben Sie ganz gerne die hohle Hand gemacht und dieses Geschenk aus dem Strassenfonds angenommen. Und jetzt, da man wieder etwas von Ihnen verlangt, ein bisschen etwas von Ihnen wünscht, wehren Sie sich händeringend dagegen und schmieden faule Kompromisse, die eben keine Kompromisse sind, weil es bereits einen Kompromiss gibt.

Und als Letztes möchte ich Ihnen doch sehr ans Herz legen: Denken Sie nicht allein nur über Geld nach, sondern denken Sie immer daran, wofür wir das Geld ausgeben. Und eine gute Bildung ist uns genau diesen Schlüssel, über den wir hier reden, wert. Wir Grüne fragen beim Geldausgeben immer, was uns das, was wir dafür bekommen, wert ist. Und eine gute Bildung, ein funktionierendes Schulsystem, Lehrerinnen und Lehrer, die zufrieden sind und gut arbeiten, das ist uns sehr viel wert. Und deshalb werden wir dem Kompromissantrag zustimmen und den Antrag Bourgeois ablehnen.

Markus Schaaf (EVP, Zell) spricht zum zweiten Mal: Einfach noch einmal, damit es klar ist: Ich und auch wir als EVP sind die Allerletzten, die die Gemeinden gegen den Kanton und umgekehrt ausspielen wollen, genau das wollen wir nicht tun. Aber es ist unsere Aufgabe, immer wieder mal auch aus übergeordneter Sicht darauf hinzuweisen, wie der Mechanismus läuft. Ich erinnere gerne an das Jahr 2010. Damals gab es das Projekt «100/0». Da wurde von diesem Rat vereinbart, dass die Gemeinden für die Langzeitpflegekosten aufkommen und der Kanton für die Spitalkosten aufkommt. Wenn man die Kostenentwicklung anschaut, dann ist die Kurve für das, was der Kanton stemmen muss, einiges steiler als das, was die Gemeinden als Ganzes stemmen müssen. Und hier im Rat wurde gesagt: Das ist ein richtiges Projekt, das wissen wir, nun sind die Kosten am richtigen Ort verteilt. Das ist das, was ich meine, wir verschoben Gesamtkosten in der Vergangenheit immer zulasten des Kantons. Es gibt andere Beispiele, wie der Strassenfonds, die genannt wurden, und die Folge war, dass viele, viele Gemeinden, auch Landgemeinden, die Steuern senken konnten. Das ist eine Realität. Wozu ich jetzt von Ihrer Seite kein einziges Wort dazu gehört habe, ist der Steuerfuss von 95 Prozent, also wir können es uns nicht leisten. Ja, Sie haben beschlossen, unser Korsett um einiges schmaler und enger zu machen, da konnten wir es uns leisten.

Also nochmals: Es geht nicht darum, das eine gegen das andere auszuspielen, aber es geht darum, den Blick fürs Ganze nicht zu verlieren. Und da sehe ich unsere Aufgabe als EVP, auch immer wieder mal darauf hinzuweisen.

Ratspräsident Beat Habegger: Herr Kollege Kündig, Sie haben schon zweimal gesprochen. Was bewegt Sie zu einer weiteren Wortmeldung?

Jörg Kündig (FDP, Gossau): Also gut, wenn mich diese Voten nicht bewegen, dann habe ich die falsche Aufgabe.

Ratspräsident Beat Habegger: Sie dürfen nur ein drittes Mal sprechen, wenn eine konkrete Frage an Sie gerichtet wurde, und ich habe bis jetzt keine gehört.

Jörg Kündig (FDP, Gossau): Ich würde gerne einen Faktencheck machen.

Ratspräsident Beat Habegger: Nein, das dürfen Sie nicht.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Wir reden über viel Geld, wir reden über ein emotionales Thema. Die Debatte war weitgehend sachlich, gesittet, danke hierfür. Ich weise einfach darauf hin, dass wir einmal mehr – und eigentlich seit ich in der KBIK bin – nur immer dasselbe tun: Wir machen in diesem Kanton keine Bildungspolitik, wir haben heute nicht über Kinder geredet, wir haben nicht über Bildungsqualität geredet. Wir machen keine Bildungspolitik, wir machen Bildungspersonalpolitik. Das ist es, was wir mehr in diesem Rat machen, nichts anderes.

Ich möchte nur zwei Falschaussagen korrigieren, das andere ist halt Ansichtssache, das kann man so oder so sehen. Thomas Forrer, wir haben nie bei einem Kompromiss mitgemacht, nie, tut uns leid. Wenn du das als Kompromiss siehst, dass ihr euch gefunden habt, dann ist das wunderbar für euch, aber unterstell uns bitte nicht, dass wir bei diesem Kompromiss in irgendeiner Art und Weise mitgemacht haben. Wir sind ja nicht wahnsinnig.

Punkt 2, zum Strassenfonds, lieber Thomas Forrer: Die Gemeinden haben das Geld gerne genommen. Ich möchte einfach präzisieren: Wir haben das Referendum dagegen ergriffen, wir waren gegen diese Zweckentfremdung und die Beglückung der Gemeinden ohne jegliche Bindung.

Und dann noch zu Florian Herr: Du hast gesagt, wir redeten hier nur über das Geld. Ja, es geht um relativ viel Geld, wir haben es gehört, über 80 Millionen Franken pro Jahr, ohne dass es irgendwie mehr Bildung gibt, mehr unterrichtet wird, es sind einfach Mehrkosten. Und dann hast du uns tatsächlich vorgeworfen, dass wir ja nichts täten für die Entlastung der Lehrpersonen. Ich glaube, es ist genau umgekehrt. Wir alle anerkennen hier im Raum, dass die Lehrpersonen aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen, aufgrund bildungspolitischer Vorgaben immer mehr belastet werden. Es gibt auch immer mehr Schnittstellen zu managen, die Eltern werden anspruchsvoller und so weiter. Ich glaube, das anerkennen wir alle. Und jetzt kann man auf zwei Arten reagieren. Man kann entweder mit den Schultern zucken und einfach Geld ins System kippen, jedes Jahr mehr Geld ins System kippen, in der Hoffnung, dass dann die Lehrpersonen glücklicher sind und die Bildung besser wird. Nun, das wird nicht geschehen. Und die andere Variante ist eben, ja, Florian Herr, dass man die Lehrpersonen entlastet, die Schule wieder einfacher macht, so wie das beispielsweise die FDP Schweiz in ihrem Bildungspapier fordert, so wie wir es in diversen Vorstössen in diesem Rat gefordert haben, nicht mehr Geld, sondern weniger Schnittstellen, weniger Aufgaben, die Schule wieder entlasten. Das ist der richtige Weg, so entlastet man Lehrpersonen.

Ich möchte im Hinblick auf eine Referendumsabstimmung noch darauf hinweisen: Sie wissen wahrscheinlich ungefähr, wo der Medianlohn im Kanton Zürich

liegt. Das ist irgendwo bei 80'000 Franken, der Medianlohn über das ganze Leben. Eine Lehrperson, die mit 100 Prozent beginnt, irgendwie im Alter von 24 Jahren, verdient über 99'000 Franken, und das Lohnband geht bis 150'000 Franken. Wenn Sie sich noch zur Heilpädagogin weiterbilden lassen – das können Sie im EDK-Bericht (*Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren*) nachlesen, das sind die Zahlen, bei denen alle Kantone verglichen werden –, wenn Sie sich noch zur Heilpädagogin weiterbilden lassen, dann sind es nochmal ungefähr 10'000 Franken mehr pro Jahr. Das sind anständige Löhne. Sie sind für mich okay, ich kann mit diesen Löhnen leben, aber sie sind sicher sehr gut. Und ich möchte wissen, wie Sie der Bevölkerung erklären möchten, dass das, so wie es heute läuft, nicht geht. Sie pokern hoch. Vielleicht gewinnen Sie, vielleicht verlieren Sie. Dann bezahlen die Lehrpersonen den Preis und Sie haben es zu verantworten. Vielen Dank.

Livia Knüsel (Grüne, Schlieren) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte zu den Löhnen der Lehrpersonen nur kurz etwas sagen: Sie mögen hoch sein, aber Lehrpersonen tragen eine enorme Verantwortung. Und sie tun nichts weniger, als für unsere Zukunft zu sorgen, sie bilden nämlich unsere Kinder aus. Also ich meine, welcher Manager würde da weniger verdienen wollen? Lehrer sind eigentlich Manager, Manager unserer Kinder, und von daher verstehe ich einfach nicht, dass man da immer über zu hohe Löhne redet. Man will ja diese Leute gut bezahlen, damit sie gute Arbeit leisten, denn es geht um unsere Kinder.

René Isler (SVP, Winterthur): Ich wähne mich im falschen Film. Wenn man hier von Löhnen spricht, auch mein lieber Kollege von der EVP und Präsident der Gewerkschaft der Kantonspolizei Zürich (*gemeint ist Markus Schaaf*). Auch wir machen sehr, sehr viel für unsere Gesellschaft. Wir setzen sogar, wenn es ganz blöd kommt, auch unser Leben ein. Aber von einer gewissen Stufe an ist die Vorbereitungsarbeit bei der Polizei einfach nicht bezahlt. Denn das heisst dann so schön im Stellenbeschrieb: Für diesen Job oder als Dienstchef oder als Leiter oder als Vorsitzender einer Einsatzeinheit ist die Planung immer ein Lohnbestandteil. Man könnte jetzt auch oder man hätte auch hingehen können und sagen, bei einer Lehrperson mit diesem Lohn seien nach Pflichtenheft selbstverständlich die Vorbereitung und dann der Unterricht und die Nacharbeit in diesem Lohn enthalten. Es gibt staatliche Einheiten, wo das so niedergeschrieben ist. Weshalb schreibt man bei den sehr gut bezahlten Lehrpersonen – obwohl ich viel, viel lieber Polizist gewesen bin, als ich je einmal hätte Lehrperson sein wollen, also Chapeau für alle, die sich das heute in der Schule noch antun, aber nichtsdestotrotz –, weshalb schreibt man den Lehrpersonen nicht einfach ins Pflichtenheft, dass Vorbereitung, Unterricht und Nachbearbeitung in diesem guten Gehalt mit eingeschlossen sind? Deshalb bitte ich Sie, folgen Sie dem Antrag der FDP. Merci.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Antrag von Marc Bourgeois gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 90 : 87 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

§§ 4, 6, 18a, 18b, 18c, 19 und 19b

Übergangsbestimmung

II. und III.

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 90 : 87 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), der Vorlage 5966b zuzustimmen.

Das Geschäft ist erledigt.